

Fachbereich 7 - Straßen- & Grünplanung, Ingenieurbau
Constanze Keuter

Datum:
14.09.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:

Antrag "Essbare Stadt" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, eingegangen am 07.06.2022)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
-----------------	---------------	---------

Ö	04.10.2022	Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten
---	------------	------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Siehe Antrag „Essbare Stadt“ (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, eingegangen am 07.06.2022)

Der Rat hat in seiner Sitzung am 13.07.22 einstimmig den Beschluss gefasst, den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten zu verweisen.

Beschlussvorschlag:

Siehe Antrag „Essbare Stadt“ (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, eingegangen am 07.06.2022)

Eine weitere Beratung zur Umsetzbarkeit in der Hansestadt Lüneburg soll nach erfolgter Exkursion erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 57 €
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja
Nein
Teilhaushalt / Kostenstelle:
Produkt / Kostenträger:
Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlagen:

- Antrag „Essbare Stadt“ (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2022, ein gegangen am 07.06.2022)
- Stellungnahme der Verwaltung
- Stellungnahme der AGL

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Kai Herzog Brockwinkler Weg 1A 21339 Lüneburg

Stadtratsfraktion Lüneburg

Ratsherr Kai Herzog

kai.herzog@rathaus-aktuell.de

Oberbürgermeisterin Kalisch
- Rathaus -

21335 Lüneburg

07.06.2022

Antrag zur Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 23.06.2022

Anwendung des Konzepts „Essbare Stadt“ auf
die Stadt Lüneburg

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt, der Rat möge beschließen, die Anwendung des Konzepts „Essbare Stadt“ auf die Stadt Lüneburg zu übertragen.

Die Stadt Lüneburg bekräftigt die kommunale Verpflichtung zum Erhalt der biologischen Vielfalt gemäß den Zielen für nachhaltige Entwicklung in Anlehnung an den Nachhaltigkeitsbericht 2021. Die Stadtverwaltung wendet das Konzept „essbare“ Stadt gemäß dem Vorbild von Andernach (Essbare Stadt | Stadt Andernach) auf die Situation in der Stadt Lüneburg an und beauftragt die Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH (AGL) dies umzusetzen, um eine sach- und zielgerichtete Pflege und Unterhaltung dieser öffentlichen Grünflächen zu gewährleisten. Hierbei werden lokale Initiativen einbezogen.

Die Begründung:

Das Beispiel Andernach zeigt, wie kreative Bewirtschaftungskonzepte für städtische Grünflächen mehrere Vorteile haben können: die Grünpflegekosten sinken, interessiertere und begeisterte Bürger*innen erhalten eine Möglichkeit für gemeinschaftliche Aktivitäten, die Anpflanzung diverser Obst- und Gemüsesorten ist ein Beitrag zur Sicherung von Kulturpflanzenvielfalt, die Stadtbilder verschönern sich etc.

Waldkirch (essbare-stadt-waldkirch.de) hat dieses Konzept ebenfalls übernommen. Eine bunte Mischung an Angeboten zum freien Ernten von Obst, Gemüse und (Wild-)Kräutern, Schulgärten und klar definierten Gemeinschaftsgärten mit Hauptverantwortlichen war hier erfolgreich. Die Idee der „essbaren“ Stadt verbindet den aktuellen Trend zum Urban Gardening mit traditionellem Wissen über Kulturpflanzen und ihre Anbauweisen. Es hat Potential sowohl Generationen als auch Kulturen zu verbinden. Gerade im Hinblick auf den neu zu entwickelnden Erlebnisraum Stadt stellt dies eine Bereicherung dar.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung

Für die Fraktion

**Stellungnahme zur Ratsanfrage vom 07.06.2022 zur Ratssitzung am 23.06.2022
von der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Essbare Stadt“**

Eine „Essbare Stadt“ ist nicht neu. Allgemein finden die Themen „Klimaanpassung“ und „Klimaresilienz“ seit einigen Jahren stetig zunehmende Beachtung. Immer dann, wenn Maßnahmen geplant sind, z.B. auch im Rahmen von Sanierungs- oder Förderungsprogrammen, Spielplatzneu- oder umgestaltungen etc. werden diese unter den o.g. Aspekten betrachtet. Außerdem setzt die Verwaltung gemeinsam mit der Leuphana Universität seit Jahren verschiedene Projekte um, die in vergleichbarer Art auch in den Konzepten zur „essbaren Stadt“ zu finden sind:

- 16 Kleingartenanlagen (die hohe Anzahl ist einmalig in Deutschland, bezogen auf Lüneburgs Einwohnerzahl), in denen es auch bereits Gemeinschaftsgärten gibt.
- verpachtete Flächen an die SoLaWi. Letztlich bewähren sich eher Vereinigungen wie die SoLaWi (Solidarische Landwirtschaft), die Ackerflächen von der Stadt gepachtet hat. Bürger:innen können hier mithelfen.
- Hochbeete in den Innenhöfen der Verwaltungsabteilungen für die Mitarbeiter (Beispiel Neue Sülze 32/33)
- einen Kräutergarten im Kurpark, den die AGL pflegt und in dem der Kneipp-Verein Führungen anbietet
- Schul- und Kitagärten; die Anlagen entstehen jeweils auf Initiative der Einrichtung und werden auch von dort koordiniert und betreut. Diese Gärten entstehen recht schnell, manchmal unbemerkt und werden genauso schnell wieder verworfen, auch oft unbemerkt. Eine Unterstützung erfolgt durch die AGL oder die Grünplanung (jetzt Abteilung Gebäudewirtschaft) bei der Planung und Anlage sowie Beschaffung von Hochbeeten, Humus, Mutterboden, Wassersilos etc. Die AGL liefert auf Anfrage auch für den lfd. Betrieb eines Schul-Kitagartens Material wie Humus, Mutterboden.
- Des Weiteren werden auf Schul- und Kitaanlagen auch Obstbäume gepflanzt. Dies ist aber stark von der jeweiligen Einrichtungsleitung abhängig, weil Obstbäume auch Insekten anziehen und dies z.T. nicht gewünscht ist (Wespen, Bienen) und durch Fallobst zusätzliche Arbeit verursachen.
- öffentliches Stadtgrün und immer mehr Grünstreifen (insektenfreundliche Blumen), gepflegt durch die AGL (bisher nicht als Gemüsefläche genutzt, dieses würde einen hohen Pflegeaufwand bedeuten),
- Obstbäume auf öffentlichen Flächen und in Ausgleichsflächen, die seit je her allen Bürgerinnen und Bürgern zur Obsternte zur Verfügung stehen, die Pflege erfolgt durch die AGL.

Eine weitere Idee könnte die Anpflanzung von Beerensträuchern auf dem Klosterinnenhof sein. Grundsätzlich tragen jegliche Arten von „Stadtgärten“ zur ökologischen Vielfalt bei. Bei einer gemeinschaftlichen Bewirtschaftung entsteht Raum für soziale Kontakte. Unter welchen Voraussetzungen, wie man ein professionell organisiertes und bewirtschaftetes Modell „Essbare Stadt“ dauerhaft aufbauen könnte, wäre näher zu untersuchen.

Leider verlaufen nicht alle Projekte so erfolgreich. Zu denken ist dabei insbesondere an die Aufstellung von 16 Hochbeeten im gesamten Stadtgebiet (sogenanntes „Urban Gardening“) durch eine studentische Initiative im Jahre 2017. Nach nur einem Jahr war das Interesse erloschen. Auch der Versuch, neue Paten zu finden, war schwierig. Übrig geblieben sind 2 Beete vor dem Museum und 3 Beete an der Bastion, die durch die AWO-Kita gepflegt werden. Die meisten der angelegten Hochbeete wurden nicht weiter gepflegt. Es schien kein nachhaltiges Interesse an dem Anbau, der Pflege und der Ernte seitens der Öffentlichkeit zu bestehen. Es wäre nun zu überlegen, ob nach der Corona-Pandemie ein neuer Versuch des „Urban Gardening“ gestartet werden sollte.

Als ähnlich problematisch wie das „Urban Gardening“ könnte sich der Gemüseanbau erweisen. Es ist zu befürchten, dass die Anlagen als Hundeklo oder Mülleimer missbraucht werden oder mutwillig zerstört werden. Die Anlagen sollten deshalb in einem geschützten Rahmen errichtet werden. Beispielsweise auf Flächen in Parks, die von dem Personenkreis/der Initiative bewirtschaftet und gepflegt werden, die das Obst und Gemüse dann auch tatsächlich ernten wollen.

Schließlich macht die AGL darauf aufmerksam, dass das Thema „Wassermanagement“ stets ein Thema für Gemüse- und Obstgärten ist, da dort relativ viel Wasser benötigt wird. Daher sollten mögliche Standortdiskussionen auch unter dem Aspekt der Wasserversorgung, möglichst auch mit Niederschlagswasser, geführt werden.

Zusammengefasst könnte die Umsetzung weiterer Projekte, wie die vorstehend genannten, zur Unterstützung der Klimafolgenanpassung (mehr Stadtgrün) und zur Begegnung neuer gesellschaftlicher Bedarfe (mehr Selbstversorgung, auch ohne Garten) beitragen. Dabei sollten jedoch die genannten kritischen Aspekte gut abgewogen und geplant werden.

Die Verwaltung schlägt vor, eine Exkursion nach Andernach im zweiten Quartal 2023 zu organisieren, um sich vor Ort über das Projekt in Kenntnis zu setzen. Abzuwägen ist in einer darauffolgenden Beratung, ob die „Essbare Stadt“ auf die Hansestadt Lüneburg übertragbar ist.

Klang



Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH

Stellungnahme – Antrag

Antrag zur Sitzung des Stadtrates am 23.06.2022 „Essbare Stadt“

Stellung des Antrags durch: Die Grünen, Herr Herzog

Abfassung der Stellungnahme durch: Hr. Strehse; Geschäftsführer

Die AGL ist durch den Antrag insofern betroffen, als es durch den Antragsteller vorgesehen ist, die AGL mit der Bewirtschaftung von Flächen zum Anbau von Obst und Gemüse im öffentlichen Raum zu beauftragen, wobei Bürgerinnen und Bürger, sowie Initiativen eingebunden werden sollen. Die AGL soll ein solches Konzept umsetzen.

Herr Herzog selber ist Mitglied des AGL Aufsichtsrates.

Stellungnahme

Den Vorschlag halten wir durchaus für überlegenswert, da jegliche Arten von „Stadtgärten“ zur ökologischen Vielfalt beitragen und bei einer gemeinschaftlichen Bewirtschaftung auch Raum für soziale Kontakte entsteht.

Die Feststellung, dass eine solche Erweiterung des Tätigkeitsspektrums nicht auch zur Mehraufwendungen führen wird, können wir aber ohne Weiteres so nicht nachvollziehen. In der kurzen „Internet-Recherche“ zum „Stadtgrün“ und „Essbare Stadt“ in Andernach findet man ganz unterschiedliche Informationen, auch in Bezug auf die Akzeptanz in der Bevölkerung.

[Essbare Stadt | Stadt Andernach](#)

In der, eben nicht verlässlichen Recherche, ist das Konzept wohl ein rein städtisches Konzept, in dem vielleicht doch Mehraufwand betrieben wird, zumal offensichtlich die Pflege von Langzeitarbeitslosen durchgeführt wird. Insofern muss dort doch defacto ein zusätzlicher Aufwand für Koordination usw. entstehen. Das ist aber ohne Detailkenntnisse alles spekulativ.

Auch mit den, nicht gerade positiven, Erfahrungen die wir mit dem Projekt „urban gardening“ in Lüneburg gesammelt haben, können wir uns nicht vorstellen, dass Obst und Gemüse aus den öffentlichen Parkanlagen großen Zuspruch erhalten wird. Damit meinen wir mögliche Anpflanzungen in den vorhandenen Anlagen, d.h. anstatt der heute vorhandenen Bepflanzung. Es mag Ausnahmen geben.

Mit neu angelegten Gärten auf Rasen- oder Wiesenflächen könnte das unseres Erachtens durchaus anders aussehen.

Persönlich hatte ich das große Vergnügen dieses Jahr das Tempelfeld in Berlin zu besuchen. Dort hat man auf einer größeren Teilfläche eine Allmende, auch zur Nutzung für den Gemüse- und Obstanbau, eingerichtet und ein Allmende Kontor gegründet.

[Allmende-Kontor - Tempelhofer Feld \(berlin.de\)](#)



Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH

Dieses uralte Nutzungsmodell halte ich insofern für ein Gutes, als das die Gärten auch von dem Personenkreis bewirtschaftet und gepflegt werden, die das Obst und Gemüse dann auch tatsächlich ernten wollen. Die Allmende zeichnet sich dadurch aus, dass man die Nutzung von Flächen eben nicht dauerhaft vereinbart, sondern koordiniert die Nutzung verabredet. Im Gegensatz zum Kleingarten muss man nicht in das Grundstück investieren und man ist auch nicht mit persönlichen Besitz gebunden.

Unter welchen Voraussetzungen oder wie man organisatorisch ein professionell organisiertes und bewirtschaftetes Modell „Essbare Stadt“ dauerhaft etablieren könnte, wäre näher zu untersuchen.

Wir schlagen jedoch vor, dass die Stadt einmal Exkursionen nach Andernach oder vielleicht auch nach Berlin organisiert, so dass man sich mit den Verantwortlichen vor Ort austauschen kann und die Gärten einfach mal besucht.

Interessant bei der nur kurzen Recherche war für uns die Tatsache, dass erwartungsgemäß das Thema „Wassermanagement“ stets ein Thema bei Gemüse- und Obstgärten ist, da dort relativ viel Wasser benötigt wird. Daher sollten mögliche Standortdiskussionen auch unter dem Aspekt der Wasserversorgung, möglichst auch mit Niederschlagswasser geführt werden. Vielleicht bietet es sich im neuen Stadtteil „Am Wienebütteler Weg“ an, dass ein solcher Gartenbereich geschaffen wird. Dort ist durch die AGL auch der Bau einer innovativen Bewässerungsanlage, gespeist auch aus dem Regenrückhaltebecken, für die Grünflächen vorgesehen.

Lüneburg, den 10.06.2022

gez. Strehse

Finanzielle Auswirkungen

Kosten (in netto €)

- a.) Die schriftliche Beantwortung der Anfrage seitens der AGL ist mit 75,00 € zu bewerten.
- b.) für 2022ff: keine Auswirkungen